

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tags Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.50 — Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6 gelbsteilen Beitzettel mit 30 Pf. berechnet, bei bestmöglicher Abberholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 105.

Dresden, Freitag den 9. Mai 1913.

24. Jahrg.

Bei der Eröffnung der nächsten Session des preussischen Landtags soll, wie die Tages Rundschau meldet, in der Ersonde eine neue Wahlreformvorlage angekündigt werden.

Der Frieden im Waugewerbe ist gesichert. Arbeiter- und Unternehmervertreter haben auf ihren Tagungen den Vorschlägen des Unparteiischen zugestimmt.

Frankreich wird mit einer sehr großen Zahl von Parlamentariern auf der Berner Verständigungskonferenz vertreten sein.

Im englischen Unterhause betonte die Regierung, daß die Wächte in allen Angelegenheiten der asiatischen Türkei gemeinsam vorgehen sollen.

Die Londoner Wertschatterkonferenz vertagte sich bis zum 20. Mai.

Das Zauberwort „Mobilmachung“.

Die Militärverwaltung hat ein Zauberwort, mit dem sie bei den bürgerlichen Parteien das erreicht, was sie auf anderem Wege nicht erreichen könnte. Dieses Wort lautet Mobilmachung und imponiert den Spießbürgern aller Schattierungen ungeheuer. Will der Kriegsmilitarminister das Ansehen durch die Schaffung neuer Offiziersstellen, die sonst absolut nicht zu begründen wären, verbessern, so sagt er, sie seien zu einer sicheren und schnellen Mobilmachung unbedingt nötig. Meint der Reichstag, daß sehr viele Bezirks-Offiziere überflüssig seien — an den kleineren Bezirkskommandos könnte der Kommandeur tatsächlich die Geschäfte des Bezirks-Offiziers leicht übernehmen — dann erklärt der Kriegsmilitarminister, auch diese Offiziere seien für die Mobilmachung unentbehrlich. Und bei der Begründung der Vermehrung der aktiven Armee um 63000 Mann jährlich nebst Zubehör an Offizieren und Unteroffizieren muß ebenfalls die Mobilmachung herhalten. Die Mobilmachung dadurch zu beschleunigen, daß man eine rechte aktive Armee präsent hält, ist allerdings sehr einfach und, wenn man ein gefügiges Parlament zur Hand hat, auch sehr leicht. Aber es fragt sich, wie das Volk dabei fährt. Und daß es ihm bei dieser Praxis nicht gut geht, wird der deutsche Trümel bald erfahren.

Sind nun die deutschen Mobilmachungsverhältnisse wirklich so mangelhaft, daß sie einer Verbesserung bedürfen, die Hunderte von Millionen verschlingt? Bei der Ueberführung der Friedensarmee auf den Kriegsfuß kommen vor allem folgende Momente in Betracht: 1. daß man weiß, wo die einberufenden Mannschaften sich aufhalten, 2. daß sie beim Ausbruch eines Krieges schnell von der Mobilmachung benachrichtigt werden, 3. daß sie die Truppenteile, bei denen sie eingeteilt sind, rasch erreichen können, und 4. daß die Truppenteile möglichst schnell transportbereit sind.

Was den ersten Punkt anbelangt, so ist die Kontrolle der Angehörigen des Beurlaubtenstandes, die für den Kriegsdienst in Betracht kommen, sehr scharf. Die Reservisten haben in jedem Jahre an zwei Kontrollverfammlungen, die Erprobungs- und Landwehrmänner ersten Aufgebots an einer teilzunehmen. Alle Angehörigen des Beurlaubtenstandes sind zur Meldung verpflichtet, wenn sie ihren Wohnort oder ihre Wohnung wechseln. Die Strafbilder der Hauptmeldeämter lehren zur Genüge, daß auf die Befolgung dieser Bestimmungen der größte Wert gelegt wird. Da die Bezirkskommandos und Hauptmeldeämter sich bei der Kontrolle der Angehörigen des Beurlaubtenstandes gegenseitig in die Hand arbeiten, so wird die Unterlassung von Meldungen schnell bemerkt.

Ueber den zweiten Punkt braucht man überhaupt nicht zu sprechen, denn eine Mobilmachung würde im Deutschen Reich auch in den entlegensten Dörfern schon nach ein paar Stunden befehl sein.

Was den dritten Punkt — schnelles Einrücken des Beurlaubtenstandes — betrifft, so können hier die Regierungen auch ohne neue Heeresvermehrung sehr viel verbessern. Vor allem hilft hierzu die Schaffung von reichlichen Bahnverbindungen. Aber fast die deutschen Oberbahnen Verkehrsleiter, weil sie fürchten, daß ihnen ihre Würde als Bedienter sonst noch mehr davonfahren würden als bisher. Ferner könnte die Zeitdauer der Mobilmachung dadurch sehr gekürzt werden, daß man wohnschaften zu ihren Truppenteilen zurückzuführen haben, welche nicht alles tadellos bestellt. Zunächst spielt dabei der liberalistische Charakter des Deutschen Reiches eine Rolle. In den Reichsländern liegen z. B. preussische, bayerische, sächsische und württembergische Truppenteile, die im Kriegsfall ihre Reservisten aus der Heimat heranziehen. Das ist allein schon möglich. Aber der etwas phrasenhafte Grundsatz, daß alle an Frankreich sein sollen, macht es noch unmöglich. In Bayern garnisonieren z. B. 7 bayerische Bataillone und 1 sächsisches Regiment. Befehle das erwähnte Prinzip nicht, so könnten sie in Strahburg untergebracht und dadurch ihre Mobilmachung wesentlich beschleunigt werden, weil ihre Reservisten sie schneller erreichen würden.

Wir haben Anlaß, anzunehmen, daß auch die Art und

Weise, in der Preußen gerade in den Grenzprovinzen Politik treibt, die Mobilmachung verzögert. Es wäre hier sehr interessant, zu erfahren, ob die in Lothringen wohnenden Reservisten im Mobilmachungsfall zu den in Lothringen stehenden preussischen Regimentern einberufen werden und ob die Regimenter, die in den polnischen Landesstellen garnisonieren, mit Polen, die in diesen Landesstellen wohnen, auf Kriegsfuß gebracht werden. Versetzt man nicht so, stellt man die Lothringer und die Polen in fernpreussische Regimenter ein, so müssen sie eine längere Reise zurücklegen, wodurch die Mobilmachung der einschlägigen Truppenteile mehr Zeit in Anspruch nimmt. Eine Anfrage in dieser Hinsicht an den preussischen Kriegsminister könnte darüber Klarheit schaffen, ob die preussische „Germanisierungskunst“ es nicht so weit gebracht hat, daß man es nicht wagt, die Lothringer und die Polen bei einer Mobilmachung in die ihnen zunächst liegenden Regimenter einzustellen.

Die Mobilmachung wird auch dadurch langsamer, daß die einberufenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes erst in der Kaserne eingeleitet und ausgerüstet werden müssen. Das Ausrüsten dauert weniger, weil es rascher vor sich geht, denn ein Gewehr ist wie das andere und ein Säbel ist wie der andere. Die Uniformen, Mäntel, Mützen und Helme hingegen müssen erst angepaßt werden. Das erfordert Stunden. Will man den Angehörigen des Beurlaubtenstandes aus lauter Angst vor der Revolution auch die Gewehre und Patronen erst nach der Einberufung übergeben, so könnte man ihnen doch die Uniformen usw. und auch die Tornister schon im Frieden selbst aufbewahren lassen, so daß sie im Kriegsfall schon eingeleitet in die Kaserne kämen.

Man lasse sich also durch das Zauberwort „Mobilmachung“ nicht verblüffen. Die Regierungen könnten, auch ohne dem Volk Klartext in den Sädel zu stecken, die Mobilmachung beschleunigen.

Das ganze Geschrei um die Mobilmachung ist überhaupt nicht ernst zu nehmen. Die Franzosen wären, auch wenn sie wirklich schneller mobilisieren könnten als das Deutsche Reich, dumme, wenn sie aus ihrem Sperrfortsäckel herausgingen. Und die russische Mobilisierung nimmt wegen der Ausdehnung des Landes, der spärlichen Kommunikation und des langsamer arbeitenden Verwaltungsapparats Wochen in Anspruch.

Zahlen gegen Zahlen.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung gegen den Ministerpräsidenten Barthou.

Der französische Ministerpräsident Barthou hat vor einigen Tagen in Genen die französische Militärvorlage mit der Rückkehr zur dreijährigen Dienstzeit als die notwendige Antwort auf die andernwärts gesantenen Heeresvermehrungen hingestellt. Barthou hat ferner ausgeführt, Frankreich bleibe in seiner Heeresstärke schon jetzt vor Durchführung der neuen deutschen Vorlage, um 180 000 Mann hinter Deutschland zurück. Diese Behauptungen des französischen Staatsmannes sind der deutschen Regierung bei ihren riesigen Militärvermehrungsplänen natürlich sehr unangenehm. Die Nordd. Allg. Ztg. rafft sich nun zu folgender Gegenerklärung auf:

Wir kennen die Quellen nicht, aus denen der französische Ministerpräsident sein Material für diese Berechnung der Friedenspräsenzstärke des deutschen und des französischen Heeres schöpft, aber wir müssen feststellen, daß seine Angabe, das deutsche Heer sei heute schon zu Friedenszeiten um 180 000 Mann stärker als das französische, mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Einklang steht. Die Gesamtstärke des deutschen Heeres beträgt im Frieden einschließlich der Kapitulanten und Einjährig-Freiwilligen 641 000, die des französischen 581 000 Mann, und daraus ergibt sich, daß zwischen den beiden Armeen nur ein Unterschied von 60 000, und nicht von 180 000 Mann zugunsten Frankreichs besteht, wie Herr Barthou irrtümlich behauptete.

Nun werden in Frankreich wie in Deutschland eine Anzahl Leute zum Dienste ohne Waffe eingestellt, die schließlich angefaßt unserer modernen Kriegsführung nicht als Kombattanten in Rechnung gestellt werden können, wenn es sich um einen Vergleich zwischen der zahlenmäßigen Stärke der für die Entscheidungen auf dem Schlachtfelde in Betracht kommenden Truppen der beiden Nachbarmächte handelt. Aber selbst wenn man diese zum Dienst ohne Waffe eingestellten Leute — etwa 88 500 in Frankreich und 2700 in Deutschland — zum Abzug bringt, so zeigt eine einfache Rechnung, daß Deutschlands Ueberlegenheit auch dann nur 96 000 bis 98 000 Mann beträgt, also nur etwa die Hälfte dessen, was der französische Ministerpräsident vor seinen Zuhörern in Genen als Tatsache ausgab.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung gibt also selbst zu, daß die deutsche Armee um fast 100 000 Mann stärker ist als die französische. Im Mobilmachungsfall würde sich der Unterschied in den beiderseitigen Kriegsstärken selbstredend ganz außerordentlich vergrößern. Außerdem aber sind auch die Angaben der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nicht als den Tatsachen entsprechend anzuerkennen. Einesteils ist die verschiedene Stärke des Offizierskorps außer Betracht gelassen worden. Und vor allem ist unberücksichtigt geblieben, daß die französische Friedenspräsenz nur auf dem Papier steht und daß in Wirklichkeit die Ausbedungen nicht die im voraus berechnete Zahl der Militärtauglichen ergeben. Das sich dadurch ergebende Manko beträgt

gegen 35 000 Mann. Schließlich ist auch nicht zu vergessen, daß sehr viele Leute in Frankreich eingeteilt werden, die wegen ungenügender Tauglichkeit bald in die Lagarett wandern und wieder entlassen werden müssen. Alles in allem haben sich also die Berechnungen Barthous gar nicht weit von den Tatsachen entfernt.

Zur Berner Konferenz.

Aus Paris wird uns vom 7. Mai geschrieben:

Der gestern mittag durch die Wandelgänge der Kammer ging, der hätte glauben können, daß die dreijährige Dienstzeit schon in der Ferntung verschwunden ist, so wenig wurde von den Abgeordneten über sie gesprochen. Und doch tagte die Armeekommission, in der Daurès den altersschwachen Generalen hart zusetzte. Aber die Deputierten und Senatoren, die sich in den verschiedenen Räumen aufstellten, die auch der Presse zugänglich sind, hatten ein andres Gesprächsthema: die Berner Konferenz. Alle Fraktionen der Linken hatten sich vereinigt, um sich noch einmal darüber zu verständigen, unter welchen Umständen man nach Bern gehen sollte. Und besonders in der von der parlamentarischen Schiedsgerichtsgruppe unter dem Vorsitz des Senators d'Estournelles de Constant einberufenen Versammlung war der Andrang überaus groß. Mindestens zweihundert Parlamentarier wohnten ihr bei, die alle ihre Absicht kundgaben, nach Bern zu fahren. Darunter sah man Vertreter aller Parteien, mit Ausnahme der äußersten Rechten, zahlreiche frühere Minister und sogar Ministerpräsidenten.

Die Stimmung, die bei dieser Zusammenkunft herrschte, zeigte, daß man sich bewußt war, einem unter allen Umständen wichtigen Ereignis entgegenzugehen. Gerade deshalb war es begreiflich, daß einige Abgeordnete an den Präsidenten die Frage stellten, wieviel deutsche Abgeordnete denn nach Bern kommen würden. Leider konnte d'Estournelles de Constant darauf keine klare Antwort geben, da ihm die nötigen Mitteilungen fehlten, und als er sagte, „daß wohl ungefähr 40—50“ deutsche Abgeordnete erscheinen würden, da ging eine starke Enttäuschung durch die Reihen. „Wir werden uns vor aller Welt lächerlich machen, wenn wir 150 oder 200 Mann stark erscheinen und nur eine verschwindende Minderheit deutscher Kollegen finden“, bemerkte ein radikaler Abgeordneter, der vorkam, die Zahl der nach Bern zu entsendenden Delegierten zu begrenzen und dafür zu sorgen, daß die Zahl der anwesenden Parlamentarier der beiden Länder gleich wäre. Dem traten sowohl bürgerliche Abgeordnete als auch vor allem der Sozialist Compaere-Morel gegenüber, der darauf hinwies, daß Frankreich den Beweis für seine Friedensfreundlichkeit liefern solle, indem es möglichst viel Parlamentarier nach Bern entsende; sollten wirklich viel weniger deutsche Abgeordnete erscheinen, so siehe Frankreich nachher vor der Welt als dasjenige Land da, das seinen ehrlichen Willen zur Verständigung gezeigt habe.

Schließlich entschied denn auch die parlamentarische Schiedsgerichtsgruppe, daß sie ihre Delegation nicht beschränken, sondern jedes einzelne ihrer Mitglieder auffordern würde, nach Bern zu fahren. In Bern wird dann die französische Sektion am Sonntag morgen eine Versammlung haben, in der je nach der Zahl der anwesenden deutschen Abgeordneten für die offizielle Konferenz die Zahl der französischen Delegierten beschränkt und ihre Redner bestimmt werden.

Paris, 8. Mai.

Ueber die Berner Zusammenkunft französischer und deutscher Parlamentarier erklärt der Senator d'Estournelles de Constant einen Vertiklerstatter, daß seiner Ansicht nach diese Zusammenkunft auch die Aufgabe haben müßte, die Mittel bekannt zu geben, über die die Regierungen verfügen, um eine schiedsgerichtliche Lösung der Justizstreitigkeiten herbeizuführen. Wenn es den Berner Besprechungen gelänge, die Regierungen zu bestimmen, daß sie die Sicherheit des Schiedsspruches den Gefahren eines Krieges vorziehen, dann hätten sie einen außerordentlich großen Dienst geleistet. Außerdem könnte die Berner Zusammenkunft auch darauf hinwirken, daß die Vorbereitungen für die 3. Haager Friedenskonferenz beschleunigt würden, denn man scheint diese etwas aus dem Auge zu verlieren.

Kruppische Gattfreundschaft.

Wir hatten am Montag den Inhalt eines Vorwärtsartikels wiedergegeben, in dem geschildert wurde, wie reichlich Krupp für die nach Essen kommandierten Offiziere sorgt. Die Krupp-Presse nahm eine Entgegnung der Firma auf, in der mitgeteilt wird, daß etwa Anfang der neunziger Jahre mit der Firma Krupp ein Vertrag geschlossen worden sei, wonach die letztere den zu den künftigen Wohnverhältnissen kommandierten Feuerwerks-Offizieren und Feuerwerkern gegen Entschädigung Wohnung und Verpflegung zu gewähren hatte. Da sich aber inzwischen die Wohnungsverhältnisse in Essen geändert hätten, sei der Vertrag aufgehoben worden. Heute hätten die Offiziere der Abnahmekommandos für Wohnung und Verpflegung selbst Sorge zu tragen. Alle dienstbezüglichen Vereinbarungen mit der Firma Krupp seien aber aufgehoben.

Der Vorwärts stellt nun fest, daß die Firma Krupp a